

Frankfurt am Main

Europawahl 2019 – Deutschlands Interessen und die großen Zukunftsthemen der EU

Die Politikwerkstatt

Ein Bürgerdialog über deutsche Interessen in Europa

Inhalt:**Einleitung:***Seite 2***Thema Populismus:***Seite 4***Thema Digitalisierung:***Seite 7***Thema Globale Ordnung:***Seite 9***Schlussfolgerungen:***Seite 13*

Die meisten Menschen beschäftigen sich nicht täglich mit Außenpolitik. Doch wer tiefer blickt, stellt fest, wie sehr die privaten und beruflichen Interessen jedes und jeder Einzelnen von der Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen abhängig sind. Die Auseinandersetzung mit zentralen internationalen Fragen sollte deshalb nicht allein Sache von Politikerinnen und Politikern und Fachleuten sein. Nur durch eine breite gesellschaftliche Diskussion, die über die politischen Eliten hinausgeht, kann Außenpolitik demokratischen Rückhalt finden. Die Alfred Herrhausen Gesellschaft und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik wollen mit der Reihe Politikwerkstatt deshalb bisher ungehörte Stimmen einfangen und ihnen innerhalb der oftmals als verschlossen wahrgenommenen Entscheidungskreise der Politik Gehör verschaffen.

Im Mittelpunkt steht dabei die simple Frage: Was wollen wir in der Welt? Bei der Beantwortung dieser Frage wird der Begriff des Interesses in Deutschland oft vermieden. Dabei hat jede Gesellschaft, jeder Staat Interessen. Diese bezeichnen nicht nur existenzielle Dinge wie Sicherheit und Wohlstand, sondern auch das Einstehen für zentrale Werte und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Wenn ein Staat seine Interessen nicht benennt, dann wissen auch seine Partner nicht, woran sie sind. Dann muss über Um- bzw. Durchsetzung im konkreten Fall die gewählte Regierung eines Landes entscheiden. Zur grundsätzlichen Verständigung über gemeinsame Interessen hingegen können und sollen in einer Demokratie auch die Bürgerinnen und Bürger beitragen. Das Format [Politikwerkstatt](#) trägt ihre Stimmen zusammen.

Ein Bürger-
dialog über
deutsche
Interessen
in Europa

Die dritte Politikwerkstatt von Alfred Herrhausen Gesellschaft und Deutscher Gesellschaft für Auswärtige Politik fand am 7. Mai in Frankfurt am Main statt und stand im Zeichen der bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament (in Deutschland am 26. Mai 2019). Rund 25 Teilnehmende, die über die Netzwerke beider Organisationen eingeladen worden waren, setzten sich mit der Frage nach Deutschlands Interessen in Bezug auf die großen Zukunftsthemen der EU auseinander – insbesondere mit Blick auf die drei Themenschwerpunkte Populismus, Digitalisierung und globale Ordnung. Außerdem war Sylvia Hartleif, Leiterin des Teams ‚Außenpolitik‘ beim internen Think-tank der Europäischen Kommission (European Political Strategy Center, EPSC), zu Gast bei der Politikwerkstatt. Sie nahm an der Ergebnispräsentation der Arbeitsgruppen teil, bevor sie mit dem Vortrag „Europawahl 2019 – Die Zukunft Europas in einer Welt des Wandels“ die Herausforderungen Europas aus ihrer Sicht benannte. Anschließend stand sie den Teilnehmenden in einem regen Austausch Rede und Antwort.

Die Zusammenarbeit fand in einem strukturierten und in Kleingruppen moderierten Prozess statt. Nach einer thematischen Einführung in die Themenschwerpunkte formten sich drei Arbeitsgruppen. Die Teilnehmenden erläuterten zunächst, warum das Thema ihrer Gruppe für sie persönlich wichtig sei. Anschließend diskutierten sie die folgenden Fragen:

- Welcher Umgang der Europäischen Union mit dem aktuell erstarkenden Populismus liegt in Deutschlands Interesse?
- Welcher Umgang der Europäischen Union mit der Digitalisierung liegt in Deutschlands Interesse?
- Welche Rolle der Europäischen Union in der Mitgestaltung der globalen Ordnung liegt in Deutschlands Interesse?

Abschließend formulierten die Arbeitsgruppen jeweils eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die Politik.



Populismus: Arbeitsphase 1

Ernst der Lage

In der ersten Arbeitsgruppe wurde von einigen Teilnehmenden zunächst der Ernst der Lage betont. Durch den erstarkenden Populismus sei der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet. Es gehe um nicht weniger, als darum, „unser Land nicht kaputt machen zu lassen“. In der Auseinandersetzung mit Populismus solle man auch Lehren aus der Geschichte ziehen. Die Phänomene, die wir heute beobachteten, seien nicht gänzlich neu.

Dabei beschäftigte die Teilnehmenden die Frage, was man tun könne, um populistischen Parteien und Bewegungen effektiv entgegenzutreten. Hierbei sei das bloße Wählen „nicht mehr genug“. Während ein Teilnehmer davon sprach, den Populisten durch bessere Politik „das Wasser abgraben“ zu wollen, waren andere wiederum der Meinung, dass zunächst eine echte Auseinandersetzung stattfinden müsse. Hierzu gehöre auch die Verteidigung der Meinungsfreiheit populistischer Akteure. Die Veränderung der politischen Auseinandersetzung durch soziale Medien wurde besonders hervorgehoben.

Es geht um nicht weniger, als darum, unser Land nicht kaputt machen zu lassen.



Populismus: Arbeitsphase 2

Verbesserung politischer Kommunikation

Bei der Beantwortung der Frage, welcher Umgang der EU mit dem aktuell erstarkenden Populismus in Deutschlands Interesse liege, drehte sich die Diskussion viel um Aspekte politischer Kommunikation. Hier sah die Gruppe vor allem nationale Politikerinnen und Politiker in der Verantwortung. Sie müssten europäische Themen besser erklären und vermitteln, damit eine Debatte darüber, welche EU-Politik wir alle wollen, erst möglich werde. Nationale Politikerinnen und Politiker müssten mit den Schulzuweisungen an Brüssel aufhören und transparent machen, dass sie selbst bei vielen wichtigen

Entscheidungen in Brüssel mit am Tisch sitzen. Außerdem müssten sie so über EU-Politik reden, dass ihre Zuhörerschaft sie auch verstehe. Es gebe weiterhin eine Verantwortung der nationalen Politik, sowohl die konkreten Vorteile, als auch den Reformbedarf in der EU darzustellen. Politische Kommunikation sei auch „politische Aufklärung“: Es müsse insgesamt mehr in Bildung investiert werden, um politische Debatten und den Dialog zu fördern. Auch der zivilgesellschaftliche Diskurs müsse sich intensivieren. Organisierte Zivilgesellschaft könne eine zentrale Rolle dabei einnehmen, zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa müsse man sich zudem mit dem „Prozess der Wiedervereinigung“ zwischen Ost und West auseinandersetzen. Dieser sei keinesfalls abgeschlossen. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass hier Verletzungen bei der Bevölkerung entstanden seien und Benachteiligungen bestünden, die bis heute zu Frustrationen führten und mit ein Treiber für populistische Haltungen seien.

Europa der Bürger

Durch eine bessere Art der politischen Kommunikation in der EU könne ein Wir-Gefühl entstehen. Dafür müssten jedoch „Blasen platzen“: Man würde den „unangenehmen Onkel“ schließlich nicht von einer Familienfeier ausschließen, sondern vielmehr versuchen, sich möglichst konstruktiv mit ihm auseinanderzusetzen. Darüber hinaus könnten intensiviertere Partizipationsmöglichkeiten ein Wir-Gefühl stärken. Das übergeordnete Ziel sei ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, in dem Politik ein „partizipativer, von breiten Bevölkerungsschichten getragener Prozess“ sei.

Ideen für die Zukunft, um strategiefähig zu werden

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass nationale Politikerinnen und Politiker viel mehr über ihre Zukunftspläne für die EU reden sollten und über konkret damit verbundene Ziele. Denn nur mit einer klaren Vision und mit Ideen für Europas Zukunft könne Europa überhaupt strategiefähig werden.

In dieser Diskussion wurden auch geopolitische Sachverhalte mitberücksichtigt: Die „Spielräume“, die durch das von den USA hinterlassene Vakuum entstanden seien, könnte Europa als Chance nutzen. Dafür müssten aber zunächst Reformen im Inneren angestoßen werden. Brüssel sei zu bürokratisch und zu wenig politisch. Daher müsse nicht nur eine „Entbürokratisierung“ stattfinden. Auch eine europäische Verfassung gehöre wieder auf die Agenda, um eine Diskussion der großen Fragen zu Europas Zukunft zu ermöglichen.

Politische Kommunikation ist auch politische Aufklärung: Es muss insgesamt mehr in Bildung investiert werden, um politische Debatten und den Dialog zu fördern.

In Bezug auf ein weiteres Zusammenwachsen der Mitgliedsstaaten hatten die Diskutierenden ganz unterschiedliche politische Zielvorstellungen. Einige stellten in den Vordergrund, die „Identität der Regionen zu bewahren“,

regionale Entwicklungsspielräume zu schaffen und das Prinzip der Subsidiarität zu stärken. Andere hielten eine weitere Integration der Mitgliedsstaaten für wünschenswert.

Die „Spielräume“, die durch das von den USA hinterlassene Vakuum entstanden sind, könnte Europa als Chance nutzen.

Populismus: Drei Empfehlungen

Die erste Arbeitsgruppe fasste die Ergebnisse ihrer Diskussion in den folgenden drei Empfehlungen zusammen:

- Europas Zukunft ausbuchstabieren: strategiefähig werden und konkrete Optionen für Europa definieren.
- Partizipation institutionalisieren: mehr Debatten mit Bürgerinnen und Bürgern führen, zum Beispiel wie in Emmanuel Macrons „grands débats“.
- Demokratische Grundtugenden pflegen: Diskursfähigkeit durch Investition in Bildung erhalten.

Eine Streitfrage in der Diskussion war, ob die Bürgerinnen und Bürger sich nach mehr Führung und Ordnung sehnen, und welche Rolle einzelne politische Persönlichkeiten dabei spielen sollten. Ein Teilnehmer appellierte an die Notwendigkeit solcher Führungsfiguren, andere wünschten sich eher mehr demokratische Selbstverantwortung.



Digitalisierung:
Arbeitsphase 1*Ein Thema, das alle und alles betrifft*

Die Teilnehmenden, die sich für die Arbeitsgruppe zum Themenschwerpunkt Digitalisierung entschieden, erklärten ihre Motivation dadurch, dass Letztere alle Lebensbereiche beeinflusse und eine „Kulturrevolution“ mit sich bringe bzw. bringen sollte. Besonders seien die Problemkomplexe der Digitalisierung mit dem Bereich Bildung verbunden und mit der Frage, welche Fähigkeiten die Menschheit für die Zukunft brauche. Die Digitalisierung sei gleichzeitig als Chance und als Gefahr aufzufassen. Wenn sie für die Menschen und in guter Absicht betrieben werde, gehe sie nicht

zwangsläufig mit Machtmissbrauch und Manipulation einher. In dieser Hinsicht sei man insbesondere mit der Frage konfrontiert, welche Rahmen und Grenzen notwendig seien, zum Beispiel bezüglich eines digitalen Urheberrechts.

Es gehe darum, „die Zukunft mitzugestalten“. Hierbei hinke Deutschland hinterher. In anderen EU-Mitgliedsstaaten gebe es bereits gute Ideen – eine weitere Motivation, um sich mit der Frage nach Deutschlands Interessen im europäischen Umgang mit der Digitalisierung auseinanderzusetzen.

Die Digitalisierung ist gleichzeitig als Chance und als Gefahr aufzufassen. Wenn sie für die Menschen und in guter Absicht betrieben wird, geht sie nicht zwangsläufig mit Machtmissbrauch und Manipulation einher.

Digitalisierung:
Arbeitsphase 2*Heute die Weichen für morgen stellen*

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Herausforderungen, welche die Digitalisierung an das gegenwärtige System stelle, jetzt angegangen werden müssen. Wenn dies nicht rechtzeitig geschehe, stünde statt einer Kulturrevolution ein Kulturschock bevor. Die zentrale Frage sei, welche Weichen wir heute stellen müssen, um zukünftige Chancen wahrnehmen zu können. Diese Weichen müssten allerdings ohnehin adaptiv und flexibel sein.

Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels in Deutschland wäre mehr „Wagniskapital“. Zu diesem Thema gingen die Meinungen allerdings zum Teil sehr auseinander: Während die einen

meinten, wir sollten „jetzt mutige Entscheidungen für die Zukunft treffen“, meinten die anderen, dass „Risikobereitschaft“ auf jeden Fall mit „sicheren Rahmenbedingungen“ einhergehen müsse.

Kompetenz, Sicherheit und Recht

Europa müsse unter anderem tragfähige Konzepte für Cybersecurity und eGovernance entwickeln. Estland könne für letzteres ein Vorbild sein. Bei der Mitgestaltung der Digitalisierung handele es sich allerdings nicht nur um Fragen der Sicherheit oder der Regierungskompetenz, sondern auch um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Es müsse ein Ausgleich angestrebt werden zwischen digitalen Grundrechten und den wirtschaftlichen Zielen der Digitalisierung.

Zugang und Teilhabe

Zentral für die Diskussion war die Frage, wie Digitalisierung inklusiv gestaltet werden könne. Hier gehe es einerseits um den ganz konkreten Zugang zu digitaler Infrastruktur. Diese solle jedem Menschen zur Verfügung stehen. Es handele sich aber ebenfalls um die Werte, die die Digitalisierung begleiteten. Diese müssten in einem positiven Sinne partizipativ und transparent gestaltet werden. Die Digitalisierung sollte frei sein von jeglicher Diskriminierung.

Eine gemeinsame Aufgabe

Um all diese Herausforderungen anzugehen, brauche es gemeinsame Investitionen im Schulterschluss zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Auf der einen Seite müssten Bil-

dungsinstitutionen eine Schlüsselrolle spielen, um Bildung und Aufklärung für alle zu gewährleisten und den informierten Dialog über die Digitalisierung zu fördern. Insbesondere Europas Grundschulen sollten jedoch jungen Menschen nicht nur die Nutzung digitaler Werkzeuge und das Wissen darüber vermitteln, sondern auch insgesamt einen bewussten, wertebasierten Umgang mit der Digitalisierung ermöglichen.

Auf der europäischen Ebene bedürfe es eines gezielten Ausbaus von Forschung und Entwicklung und eines Austauschs von Wissen, auch zu Methoden. Die EU müsse ihre Prioritäten in der Digitalisierung klar definieren und daraus abgeleitete Initiativen und Projekte vortreiben.

Die zentrale Frage ist, welche Weichen wir heute stellen müssen, um zukünftige Chancen wahrnehmen zu können. Diese Weichen müssen adaptiv und flexibel sein.

Digitalisierung: Drei Empfehlungen

Die zweite Arbeitsgruppe fasste die Ergebnisse ihrer Diskussion in den folgenden drei Empfehlungen zusammen:

- Digitalen Zugang als Recht verankern: Teilhabe an der Digitalisierung muss für alle möglich sein.
- Digitalkompetenz entwickeln: Digitalisierung als Lernprozess vom Kindergarten bis in das Seniorenheim verstehen und entsprechend fördern.
- IT-Infrastrukturen stärken: die staatliche Rolle beim Auf- und Ausbau zeitgemäßer Infrastruktur definieren und erfüllen.

Globale Ordnung:
Arbeitsphase 1*In Enttäuschung vereint*

Für die Teilnehmenden standen unterschiedliche persönliche Motivationen für eine Beschäftigung mit dem Zustand der Welt(un)ordnung sowie der möglichen Rolle Europas und anderer Mächte im Vordergrund.

Ein Teilnehmer fragte, ob man überhaupt von „Ordnung“ sprechen könne, während andere sagten, der aktuelle Zustand – nicht die friedliche Periode der vergangenen Jahrzehnte – sei die Normalität. Historische Umbrüche habe es schon immer gegeben, was wiederum einen weiteren Teilnehmer dazu veranlasste, auf die ‚Perestroika‘ der Achtzigerjahre Bezug zu nehmen. In diesem Sinne wünschte sich eine Teilnehmerin, dass die Menschen ihr Denken änderten: Dieses sei zu sehr auf Konflikt und

Konkurrenz ausgerichtet und nicht auf ein friedliches Miteinander.

Eine weitere Teilnehmerin sah in der gegenwärtigen Situation eine Chance für Europa, während eine andere Sorgen um den europäischen Zusammenhalt äußerte. Ein weiterer Teilnehmer verwies auf Chinas wachsende Macht, während ein anderer die EU im Vergleich zu Lateinamerika oder jeder anderen Weltregion noch als leuchtendes Beispiel für funktionierende – politische und wirtschaftliche – Integration sah.

Zustimmung ernteten die Äußerung, dass Frieden und Freiheit in Europa im Rahmen der bisherigen Ordnung keine Selbstverständlichkeit sein sollten, ebenso wie der Ausdruck von Pessimismus und Enttäuschung über die aktuellen Schwierigkeiten der EU.

Frieden und Freiheit sollten in Europa keine Selbstverständlichkeit sein.

**Globale Ordnung:**
Arbeitsphase 2*Die EU als Friedensmacht und Vermittler*

Viele Teilnehmende der Arbeitsgruppe betrachteten die EU idealerweise als eine demokratische Friedensmacht. Um dieser Rolle auch wirklich gerecht zu werden, sollte Deutschland entsprechende Reformen sowohl in der EU als auch in den Vereinten Nationen aktiver mitgestalten. Zudem solle Eu-

ropa eine führende Rolle in Krisenregionen übernehmen. Dabei solle es sich nicht „irremachen lassen“ von „Gegnern“, sondern mehr Interesse für die friedliche Opposition in den der EU nicht wohlgesonnenen Ländern – explizit wurden die Nachfolgestaaten der Sowjetunion genannt – zeigen und sie finanziell und ideell unterstützen.

Vor allem in geopolitischen Fragen könnten und sollten Deutschland und die EU als Gegengewicht zu den Machtpolen USA und China agieren und eine aktive Vermittlerrolle zwischen den USA und Russland einnehmen. Die EU müsse weiterhin vertragstreu sein (z.B. innerhalb der Welthandelsorganisation oder gegenüber dem Iran) und als verlässlicher Partner für Drittstaaten und vor allem kleine Länder agieren.

Die Frage nach der Einführung einer europäischen Armee wurde kontrovers diskutiert. Während einige mehr militärische Souveränität der EU von den USA forderten, warnten andere davor, dass damit auch die Entscheidungshoheit des Deutschen Bundestags (Stichwort: Parlamentsvorbehalt) untergraben sei. Ein Teilnehmer wiederum betonte die Bedeutung von militärischer Forschung als zivilem Innovationstreiber.

Gemeinsame Wirtschaftspolitik für globale Prosperität

In wirtschaftlicher Hinsicht plädierten die Teilnehmenden für einen friedlichen und fairen globalen Wettbewerb. Es sei auch im Inter-

esse der EU, dass die Wirtschaft ihrer Handelspartner floriere. Dies gelte insbesondere für die Handelspolitik gegenüber Afrika und anderen Entwicklungsländern. Deshalb solle die EU eine Plattform für globale Prosperität aufbauen. Deutschland solle dabei als Ideengeber und Innovationsmotor auftreten.

Hierfür bedürfe es einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik nach außen. Ebenso wurde die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer befürwortet. Andere stellten die Frage, ob die EU nicht auch lediglich als Wirtschaftsraum gut bestehen könne und sahen im „Downsizing“ eine Chance. Die Frage nach dem Umgang mit Deutschland als Europas stärkster Wirtschaftsnation sowie konkret seinem Exportüberhang wurde gestellt.

In Umweltfragen plädierten die Teilnehmenden dafür, dass die EU mit innovativer Umwelttechnik die europäische Wirtschaft zukunftsfähig gestalten solle. Zudem solle sie sich als Hüterin des Pariser Klima-Abkommens und als innovative Macht gegen Klimawandel beweisen. Hierfür benötige die EU entsprechende Entscheidungs- und Handlungskompetenzen.

Vor allem in geopolitischen Fragen könnten und sollten Deutschland und die EU als Gegengewicht zu den Machtpolen USA und China agieren und eine aktive Vermittlerrolle zwischen den USA und Russland einnehmen.



Die Frage der grundsätzlichen Reform

Es wurde diskutiert, wie genau ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten aussehen könne. Es sei schwierig, diese Vorstellung mit dem vielfach gehegten Wunsch nach europäischer Einigkeit zu vereinbaren.

Eine Teilnehmerin betonte die Bedeutung der EU als föderaler Union, die einheitlich nach außen agiert und mit einer Stimme spricht. Eine solche „Stimme Europas“ bedürfe dann aber auch transparenter Regeln. Eine andere Teilnehmerin verwies auf die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung. Diese solle eine Definition der europäischen Werte sowie eine grundsätzliche Balance des Verhältnisses von Freiheit zu Sicherheit – und umgekehrt – enthalten.

Insbesondere die Stärkung des sozialen Zusammenhalts innerhalb Europas, gerade auch zwischen den Generationen, fand Erwähnung.

Deutschland als Lokomotive

Grundsätzlich solle Deutschland wieder zu einer „Lokomotive“ der EU werden und die politische Integration vorantreiben. Das Land sei ein wichtiger Treiber für das künftige Europa und solle sich stärker einbringen. Vor allem könne Deutschland zwischen den Mitgliedstaaten mit ihren ganz unterschiedlichen Traditionen vermittelnd tätig sein.

Sehr deutlich sagte eine Teilnehmerin, dass Deutschland nur in und mit Europa eine Chance habe, und die Deutschen ihr Denken so ändern müssten, dass das Land zu Frieden in Europa und der Welt beitragen könne.

Wie kann ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten aussehen?

**Globale Ordnung:
Fünf Empfehlungen**

Die dritte Arbeitsgruppe fasste die Ergebnisse ihrer Diskussion in den folgenden fünf Empfehlungen zusammen:

- Sicherheit in Europa bewahren: Europas Fähigkeiten in globale Konfliktlösung einbringen.
- Entwicklung in Afrika fördern: den südlichen Kontinent wirtschaftlich voranbringen.
- Zivilgesellschaft unterstützen: EU soll zivilgesellschaftlichen Gruppen im Sinne der gelebten Demokratie zur Seite stehen.
- Kampf gegen Klimawandel als Innovationsmotor: technologisches Innovationspotenzial stärker fokussieren, um Wirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen.
- Zusammenhalt durch Debatten stärken: Für die EU sollen Bürgerdialoge zur Regel werden.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Politikwerkstatt zeigen deutlich, wie eng die deutschen Interessen bei den drei Fokus-Themen Populismus, Digitalisierung und globale Ordnung mit den Interessen der anderen Mitgliedsstaaten und der EU als Ganzes verbunden sind. Geprägt vom jeweils persönlichen Standpunkt und der eigenen Erfahrung bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, wie diese Herausforderungen auf europäischer Ebene angegangen werden sollen. Jedoch vereinte den Großteil der Teilnehmenden die Überzeugung, dass Europa mehr Veränderung wagen müsse, um zukunftsfähig zu bleiben – ob beim Artikulieren einer politischen Vision gegen den Populismus, einer nachhaltigen Weichenstellung für die Digitalisierung oder einer aktiveren, wenn auch friedlichen Rolle der EU bei der Gestaltung der globalen Ordnung. Die meisten Diskutanten waren sich darüber einig, dass in Europa der öffentliche Diskurs verbessert und intensiviert werden solle.

Somit unterstreicht der Pluralismus von Ideen und Standpunkten, wie wichtig der Austausch über die jeweilige Auslegung deutscher Interessen ist und wie konstruktiv und gewinnbringend er sein kann. Das strukturierte Gespräch in Kleingruppen ermöglichte den Frankfurter Teilnehmenden, sich intensiv mit den persön-

lichen und politischen Ansichten der jeweils anderen auseinanderzusetzen. Trotz Uneinigkeiten selbst über grundsätzliche Fragen wie die des Spannungsverhältnisses zwischen einer vertieften Integration der europäischen Mitgliedstaaten und mehr nationaler Souveränität konnten sich alle Arbeitsgruppen auf für sie zentrale Empfehlungen verständigen.

Insgesamt ließen sich die Teilnehmenden sehr gut auf das interaktive Format ein. In engagierten Diskussionen tauschten sie Ideen und Argumente aus und versuchten, die Zielkonflikte der handelnden Politik nachzuempfinden. Dabei erwies es sich als besonders fruchtbar, dass die Gruppe aus unterschiedlichen Generationen und fachlich-beruflichen Hintergründen zusammengesetzt war. Die Teilnahme von Sylvia Hartleif gab nicht nur einen wichtigen fachlichen Input, sondern verlieh zusätzlich dem Brüsseler Politikbetrieb ein Gesicht und eine Stimme.

Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Veranstaltungen in München, Dresden und Frankfurt am Main werden Alfred Herrhausen Gesellschaft und Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik das Veranstaltungsformat Politikwerkstatt fortsetzen.



Sylvia Hartleif, Leiterin des Teams ‚Außenpolitik‘ beim internen Thinktank der Europäischen Kommission (European Political Strategy Center, EPSC)

Europa

Die Reihe Politikwerkstatt ist eine Kooperation der Alfred Herrhausen Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Verantwortlich:



Dr. Claudia K. Huber
Alfred Herrhausen Gesellschaft

Dr. Cornelius Adebahr
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

www.alfred-herrhausen-gesellschaft.de
www.dgap.org

Folgen Sie uns auf

 www.facebook.com/AHG.Berlin
 www.twitter.com/AHG_berlin

 www.facebook.com/dgapev
 www.twitter.com/dgapev